

Umfassende Entwicklungsstrategie und soziale Mindeststandards als Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung

Joachim Unterländer

1. Die gegenwärtige politische Wahrnehmung

Die Frage der gerechten Entwicklung zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern und die damit verbundene weltweite Armutsbekämpfung waren und sind immer mit der Industrialisierung und wirtschaftlichem Fortschritt verbunden worden. Mit der Globalisierung haben sich die Probleme noch einmal sowohl für die Menschen in den Ländern der so genannten Dritten und Vierten Welt, in den Schwellenländern, aber auch in der westlichen Welt selbst massiv verändert.

Ob man als Antwort, wie der G 8-Gipfel im Jahr 2007 unter Federführung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, ‚Ein menschliches Antlitz der Globalisierung‘ zum Ziel hat, eine völlige Neuordnung der internationalen Finanzierungssysteme fordert oder die internationale soziale Marktwirtschaft als Antwort auf globale Herausforderungen sieht – für alle ist der Blickwinkel, wenn auch von unterschiedlichen Ansätzen ausgehend, gleich: Wirtschaft und Bevölkerung gerade in den afrikanischen Staaten, in Teilen Asiens und Südamerikas dürfen von positiver ökonomischer Entwicklung nicht abgehängt werden. Aber auch die negative Entwicklung eines ungezügelter Kapitalismus in Teilbereichen von Schwellenländern und deren Ergebnisse, die bis hin in die Industrienationen hinein zu spüren sind, müssen eine globale Antwort finden.

Auch in Deutschland ergibt sich erfreulicherweise immer stärker ein Bewusstseinswandel hin zu der Ansicht, dass das globale Kapital nicht von selbst zu einer Balance und zu einer ausgewogenen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung beiträgt.

Aus meinem eigenen politischen Blickwinkel sind dabei die Positionen der Christlich-Sozialen Union und der Laiengremien der katholischen Kirche in Bayern von entscheidender Bedeutung. In dem vor kurzem einstimmig beschlossenen Grundsatzprogramm der CSU heißt es:

„Eine zukunftsgerichtete Entwicklungspolitik muss effizient, gestrafft und mit anderen Gebern arbeitsteilig organisiert werden. Wir wollen eine stärkere inhaltliche und organisatorische Vernetzung mit der Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts-, Umwelt- und Kulturpolitik im Sinne eines umfassenden Sicherheitsbegriffes. Die Entwicklungspolitik der CSU setzt sich für eine gerechte Gestaltung der Welthandelsbeziehungen ein. Wir arbeiten für eine entwicklungsorientierte Ausgestaltung des Welthandels, um den Entwicklungsländern eine faire Chance zur Teilhabe zu geben.“ (Seite 173 des CSU-Grundsatzprogramms)

Wie früher gut gemeinte Entwicklungspolitik weiterentwickelt werden kann zu einer globalen Antwort auf die Internationalisierung wirtschaftlicher Beziehungen, wird in der Definition der Entwicklungszusammenarbeit (Seite 172 des CSU-Grundsatzprogramms) deutlich:

„Christlich-Soziale Entwicklungspolitik sieht sich in der Verantwortung gegenüber den Not leidenden Menschen und für die Schöpfung. Solidarität und Einsatz für Gerechtigkeit enden nicht an den nationalen und europäischen Grenzen. Zentrale Bestimmungselemente unserer Entwicklungspolitik sind die Förderung und Forderung der Eigenverantwortung, der Rechtsstaatlichkeit, der guten Regierungsführung sowie die Stärkung der Selbsthilfekräfte der Betroffenen. Dazu gehören die Unterstützung des gesellschaftlichen Engagements, der Demokratisierung, der Gleichwertigkeit von Mann und Frau, eine konsequente Korruptionsbekämpfung, die Stärkung der staatlichen Verwaltung und Justiz, der Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen und die Suche nach effizienteren Konzepten zur Überwindung von schlechter Regierungsführung.

Wir wollen die schöpferischen Kräfte der Menschen unterstützen. Daher setzen wir uns für den Ausbau der Mikrofinanzierung, der Bildungsmöglichkeiten, der Gesundheitsversorgung und wichtiger Infrastrukturen ein. Gleichzeitig wollen wir Unternehmen ermuntern und dabei unterstützen, in Entwicklungsländern zu investieren und dort Arbeitsplätze zu schaffen. Wir wollen den Menschen nachhaltige Perspektiven eröffnen und setzen uns daher konsequent für den Umweltschutz, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und der biologischen Vielfalt ein.“

Daraus lässt sich ein nachhaltiges Konzept von Entwicklungsstrategie und sozialer Mindeststandards ableiten. Ebenso hat sich der Zusammenschluss der Diözesanräte und katholischen Verbände im Freistaat Bayern, das Landeskomitee der Katholiken, in einer Vollversammlung in einem Forderungskatalog an die Wirtschaft, an die bayerische Landespolitik und an katholische Gremien sowie Nichtregierungsorganisationen im Freistaat Bayern geäußert. Hierzu gehören als Forderungen u. a.:

- Akzeptanz der politisch gesetzten Rahmenbedingungen durch die international tätigen Unternehmen
- Einhaltung der Sozialstandards der internationalen Arbeitsorganisation
- Freiwillige Selbstverpflichtung zur Kontrolle des entsprechenden Verhaltens
- Stärkerer Einsatz von bisher fair gehandelten Produkten im Einzelhandel
- Stärkere Förderung von entwicklungspolitischen Projekten im Freistaat Bayern
- Berücksichtigung der Sozial- und Umweltstandards im gesamten öffentlichen Beschaffungswesen
- Stärkere entwicklungsbezogene Bewusstseinsbildung in kirchlichen Bildungseinrichtungen und Strukturen
- Förderung gerechterer Handelsbeziehungen
- Unterstützung einer stärkeren Vernetzung gerade im Bereich von Eine-Welt-Netzwerken
- Stärkung des katholischen Fonds für weltkirchliche und entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit ‚Kooperation Eine Welt‘

2. Die Realität sieht teilweise noch anders aus

Namhafte Ökonomen behaupten, unterstützt von interessierten Politikern, dass Industrie- und Entwicklungsländer aufgrund der Globalisierung nunmehr auf Augenhöhe und unter gleichen Bedingungen konkurrieren würden. Dass hier in der Tat Revolutionäres geschehen ist und für alle Menschen positive Entwicklungen entstanden sind, wird niemand ernsthaft bestreiten wollen.

Es ist in diesem Zusammenhang auch festzustellen, dass die Globalisierung und neue Technologien zwar die Kluft von einigen Schwellenländern hin zu den Industrienationen verringert hat, dass aber innerhalb der Länder die Schere zwischen Reichen und Armen weiter aufgegangen ist. Ähnlich wie in verschiedenen Industrieländern selbst können geringer Qualifizierte das Tempo nicht mithalten und werden zu Modernisierungsverlierern. Diese Entwicklung verläuft parallel in den Industrie- wie in den Schwellenländern.

Erschwerend kommt hinzu, dass von den Globalisierungserfolgen in erster Linie asiatische Staaten profitiert haben. Afrika, Teile Südamerikas und teilweise auch asiatische Länder haben von den Vorzügen der Globalisierung bisher noch nicht profitieren können. Als Antwort ist die Förderung von ethisch verantwortetem wirtschaftlichem Handeln, der Hilfe zur Selbsthilfe als Bestandteil eines tatsächlich globalen Finanzierungssystems und die allgemeine Akzeptanz sozialer und ökologischer Mindeststandards noch kein politischer Konsens.

Besonders mit drei Faktoren müssen wir uns dabei immer wieder auseinandersetzen:

- Die Nichteinhaltung von menschenwürdigen Lohnzahlungen und von Arbeitsschutzbestimmungen werden bis hinein in die Schwellenländer als Wettbewerbsvorteil gesehen und als solcher auch wahrgenommen.
- In den Entwicklungsländern tätige Unternehmen sehen bei der Einhaltung von Mindeststandards unberechtigterweise Probleme mit ihrer Konkurrenzfähigkeit, denn nur eine volkswirtschaftlich und ethisch dauerhaft vertretbare wirtschaftliche Verhaltensweise wird sich durchsetzen können.

- International tätige Unternehmen, auch mit dem Hauptsitz in Deutschland, nehmen ihre hierzulande als selbstverständlich geltenden moralischen Verpflichtungen nicht wahr.

Konventionelle Entwicklungshilfe, gepaart mit den Folgen der Globalisierung, hat jedenfalls nicht zur Lösung der Probleme beigetragen.

Der Co-Präsident des Club of Rome, Eberhard von Koerber, stellt im Zusammenhang mit den Zielen eines „verträglichen Wachstums für das 21. Jahrhundert“ fest: „Eine der Schlüsselherausforderungen für künftiges globales Wachstum wird sein, die immensen globalen Finanzströme in Projekte zur Entwicklung der ärmeren Weltregionen zu lenken. Ganz konkrete Projekte mit Investitionscharakter sind hierfür weit vielversprechender als konventionelle Entwicklungshilfe. Eine Studie der Universität Zürich kommt zu dem Schluss, dass eine Erhöhung des Mittelzuflusses um 10 % in einem Entwicklungsland nicht zu mehr Wachstum, sondern typischerweise zu zwei zusätzlichen Putschversuchen innerhalb der kommenden zehn Jahre führt. Wirtschaftliche und politische Instabilität wird durch hohe Summen von Entwicklungshilfe eher begünstigt als eingedämmt. ... So fordern viele der politischen Führer Afrikas regelmäßig mit Blick auf die Industrieländer und die WTO: Trade statt Aid!“

Zukunftsorientierte Lösungsansätze erfordern neben einer Strategie des Wachstums, an dem alle teilhaben können, eine Schaffung von zivilisatorischen und arbeitsschutzrechtlichen Mindestbedingungen im Wirtschafts- und Arbeitsleben sowie eine Berücksichtigung regionaler Strukturen bei der Entwicklungszusammenarbeit.

3. Politische, wirtschaftliche und ethische Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele

1. Alte wirtschaftspolitische Konzepte verschiedenster Ausformung sind gescheitert. Es ist ein umfassender Entwicklungsansatz, der sich auf Struktur und Region eines jeweiligen Landes konzentriert, erforderlich. Dieser ganzheitliche Ansatz ist auch immer wieder in Kreisen der Weltbank thematisiert worden. Leider hat er bis heute nicht den endgültigen Durchbruch geschafft. Das Verhältnis zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Schaffung von Infrastruktur, vor allen Dingen aber das große Kapital der Bildung der Menschen sowie der Gleichberechtigung der Frau muss in der Gesamtkonzeption kompatibel eingebaut werden.

2. Auch wenn es aufgrund der historischen Erfahrung illusorisch erscheint, dass in einer konzertierten Aktion Industrienationen, Entwicklungsländer und Schwellenländer zu einer Übereinkunft kommen:

- Soziale und ökologische Mindeststandards müssen zur selbstverständlichen Grundlage wirtschaftlichen Handelns in der gesamten Welt werden,
- Disparitäten müssen durch neue Instrumente, die jedoch insgesamt eine Akzeptanz zu finden haben, ausgeglichen werden,
- die entwickelten Vereinbarungen der WTO und ILO müssen in den entsprechenden Foren gemeinsam mit einem entsprechenden Finanzierungskonzept diskutiert und umgesetzt werden. Wenn es erfreulicherweise und unter großen Hindernissen gelingt, in Weltklimakonferenzen und G 8-Gipfeln das Thema Klimaschutz berechtigterweise zu einem globalen Erfordernis zu machen, so ist die Herausforderung allgemein akzeptierter Standards im wirtschaftlichen Handeln und der Entwicklungszusammenarbeit als Basis für die Weltfinanzmärkte eine ebenso dringende Notwendigkeit.

3. Strategien der Weltbank und der WTO müssen nachhaltig Rücksicht auf die kleinteiligen Strukturen gerade in Entwicklungsländern nehmen. Erfreulicherweise ist der Gründer der Grameen-Bank, Muhamad Yunus, als Erfolgsmodell akzeptiert. Er ist ein wahrhaft würdiger Friedensnobelpreisträger. Er geht davon aus, dass jeder Mensch die Anlagen in sich trägt, für sein Leben Verantwortung zu übernehmen. Er kennt auch die Stärken und Schwächen der Armen. Er weiß, dass die Frauen in erster Linie, wenn sie etwas Geld haben, um ihre Familien besorgt sind, während Männer lieber das Geld vertrinken und verspielen. Er hat vor 30 Jahren sein Konzept der Kleinkredite begonnen umzusetzen, die er vorwiegend an Frauen vergibt.

Der Erfolg gibt ihm Recht und viele haben ihn inzwischen nachgeahmt. Damit hat er die Situation vieler armer Familien verbessert. Immer stand seine Frage im Mittelpunkt: „Was ändert sich durch die Entwicklungshilfe im Leben eines armen Menschen?“ Er ist also die Behebung der Armut nicht von oben, sondern von unten angegangen, vom Menschen selbst. Auch er brauchte Rahmenbedingungen und hat die Grameen-Bank zur Vergabe von Minikrediten gegründet. Die Rückzahlungsquote ist mit unse-

rem Bankensystem nicht vergleichbar: 99 % aller Schuldner haben ihre Schulden zurückgezahlt. Das von der Grameen-Bank und vergleichbaren Organisationen konzipierte Modell der Mikrofinanzierung wird inzwischen weltweit nachgeahmt. Dieses System muss bedarfsgerecht mit Hilfe der Weltbank weiterentwickelt werden.

4. Umsetzungsstrategie durch ein politisches ‚Zwei-Säulen-Modell‘

Auch wenn wir in der bayerischen oder bundesdeutschen Politik zwischen den demokratischen Parteien eine relativ große Schnittmenge an Zustimmung bei diesen Zielsetzungen erwarten dürfen, so reicht die Formulierung von wohlfeilen Appellen nicht aus. Vielmehr muss eine politische Umsetzungsstrategie, die ich als ‚Zwei-Säulen-Modell‘ definieren möchte, diskutiert werden:

- Die Änderung der Welthandels- und Weltbankstrukturen sowie die Überwachung der politisch anerkannten Mindeststandards von ILO und WTO, gerade im Hinblick auf die Regelung von Arbeitszeiten, Arbeitsschutzmaßnahmen, die Zahlung von Mindestlöhnen und von Umweltschutzmaßnahmen, müssen parallel von der Bedeutung her ein gleiches Forum zur Diskussion und Umsetzung wie die Fragestellung des Klimawandels erhalten. Dies ist die erste Säule der Welt-, EU- und Außenpolitik.
- Das, was man im regionalen politischen Bereich in kirchlichen Strukturen und in Nichtregierungsorganisationen durch aktives Handeln selbst beitragen kann, muss versucht werden. Dazu gehört die Weiterentwicklung der Vergabebedingungen, d. h. dass Produkte aus fairem Handel und von Unternehmen, die die Kriterien einhalten, bevorzugt durch die öffentliche Hand erworben werden. Dazu sind komplizierte juristische Vorarbeiten zu leisten. Das Beispiel des Bayerischen Landtags, wo wir gemeinsam zum Thema ‚Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit‘ eine Initiative gestartet haben, kann dafür ein Beispiel sein. Dies ist die zweite Säule des unmittelbar im eigenen Wirkungskreis veranlassten Handelns.

5. Diesen Weg auf landespolitischer Ebene durch Initiativen unterstützen

Zu diesen Initiativen gehören bereits von uns eingeschlagene Wege:

- Die Bayerische Staatsregierung hat die Fragestellungen der Entwicklungszusammenarbeit bei der Bayerischen Staatskanzlei unter Federführung von Staatsminister MdL Eberhard Sinner konzentriert. Dies ist eine gute Voraussetzung, dass sich der Freistaat Bayern im Rahmen seiner Möglichkeiten selbst mit auf diesen Weg begibt.
- Speziell das Thema der sozialen Mindeststandards von Unternehmen ist eine Fragestellung, die auch in der Bayerischen Landes-sozial- und Wirtschaftspolitik anzusprechen ist. Es wurde deshalb vom Verfasser dieses Artikels eine Initiative gestartet, bei dem von der Bayerischen Sozialministerin, MdL Christa Stewens, initiierten Netzwerk ‚Forum Soziales Bayern‘ dieses Thema in Zukunft verstärkt auf die Tagesordnung zu setzen.